

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Grotzmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Verleger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschrift oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuesten 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, 13. Oktober 1893.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A.
Steiner, Wilhelm Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 12. Oktober. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Belamisch hat der Sultan einen neuen Orden gegründet, und es wird, guten Vernehmen nach, durch eine Spezialmission das erste Exemplar dieses Ordens Sr. Majestät dem Kaiser überreicht werden; ebenso wie der Sultan f. Zt. dem Kaiser Wilhelm I. das erste Exemplar des von ihm gegründeten „Sultans-Ordens“ überreicht hat.“

Er. königl. Hoheit Prinz Friedrich August von Sachsen begibt sich täglich zur Teilnahme an den Schießübungen der Offiziers-Schießschule vom Bahnhof Friedrichstraße aus nach Spandau, von wo er gewöhnlich Mittags nach Berlin zurückkehrt. Abends pflegt der Prinz hiesige Theater zu besuchen. Am 17. d. Mts. findet in Spandau der Schluss der Übungen der Offiziers-Schießschule statt, bei dem auch Sr. Majestät der Kaiser anwesend zu sein gedenkt. Im nächsten Tage gedenkt Prinz Friedrich August abends von hier wieder abzureisen. Am geistigen Nachmittage besuchte Sr. königl. Hoheit in Begleitung seines persönlichen Adjutanten das Hofopernhaus.

Im Verlaufe ihrer Abendaudienz verweist die „Nordd. Allg. Ztg.“ auf das zwischen den Einzelstaaten und dem Reiche bestehende ungünstige Verhältnis der Ueberweisungen und Materialumlagen, das in der letzten Zeit unhaltbar geworden sei und nicht mehr den Prinzipien einer soliden Wirtschaftspolitik entspreche. Reformen seien daher notwendig. Durch die geplanten Steuerreformen soll, so schließt der Artikel, wenigstens ein Schritt auf diesem Wege versucht werden. Es soll für eine Reihe von Jahren ein stabiles Verhältnis zwischen Ueberweisungen und Materialumlagen hergestellt werden, das aber der Tabak und der Wein als geeignete Objekte für diese Maßnahmen anzupreisen seien, muß ohne Weiteres ausgegeben werden, so lange nicht zu bestreiten ist, daß eine ganze Reihe von solchen Verbrauchsgegenständen verhältnismäßig viel stärker steuerlich belastet sind, als Tabak und Wein, die viel weniger als die letzteren Verursacher von viel mehr Lebensmitteln sind.

Der frühere Kriegsminister, General der Infanterie v. Kameke ist heute hier im „Hotel zu den vier Jahreszeiten“, wo er seit einiger Zeit wohnt, verstorben.

Die in einigen Blättern wiedergegebene Nachricht, daß der Justizminister von Seelinghama denks, von seinem Amte zurückzutreten, wird von unterzeichneter Seite für unbegründet erklärt.

Die Wiedereinführung der Vernehmung gegen die Letztbeteiligten der Strafkammer ist, wie aus informierter Quelle verlautet, gesichert, da sich nämlich auch der Finanzminister jetzt mit dem erforderlichen Kostenbetrage einverstanden erklärt hat. Die definitive Entscheidung ist dahin getroffen worden, daß die Oberlandesgerichte die zweite Instanz bilden sollen. Schon in der nächsten Reichstagsession sollen die bezüglichen Vorlagen eingebracht werden.

In den heute im „Vorwärts“ erschienenen Aussagen zum Kölner Parteitag der Sozialdemokraten glaubt die „Nat.-Ztg.“ ein Aussehen dafür zu finden, daß der demokratische Sozialismus sich vorläufig an der Grenze seiner Expansionskraft angelangt sieht. Diefelbe Signatur dürfte der Parteitag selbst tragen.

Die Nachricht, daß der Reichsrat für die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen noch in dieser Woche einberufen werden solle, scheint, wenigstens soweit die Sachverständigen aus Landwirtschaft, Industrie und Handel in Frage kommen, auf einem Irrtum zu beruhen. Vielleicht dürfte in den nächsten Tagen der von diesen Sachverständigen eingesetzte Ausschuss einberufen werden, in dem Urtheil über verschiedene Tarifpositionen abzugeben. In einem Wiederzusammentritt des gemeinsamen Reichsrats in dieser Woche, wie er am Ende des vorigen Monats im Reichstags-Gebäude versammelt war, dürfte jedoch, wenigstens soweit wir gehört haben, nicht gedacht sein.

In dem Programm für den bevorstehenden Reichstag in Bremen ist infolge einer Ueberlegung eingetreten, als der früher angekündigte Festzug ausfällt. Dagegen wird Sr. Majestät der Kaiser nach vollzogener Entschliessung eine Rundfahrt durch die ihm noch nicht bekannten Städte des Bremens und den Bürgerpark unternehmen.

Die Behandlung der Wehrfrage in Belgien läßt unter den sächsischen Gesichtspunkten noch immer das Weisse zu wünschen übrig, daher erklärt es sich auch vollkommen, weshalb das Projekt der Heeresorganisation auf Grund der allgemeinen Dienstpflicht nicht vom Fleck rückt, denn mit agitatorischen Schlagworten und Hebeln lassen sich Aufgaben praktischer Art nicht einmal vollbringen. Ideologisch veranlagte Optimisten festeten und setzen ihre Hoffnungen bezüglich einer den Landesverteidigungsinteressen entsprechenden Regelung der militärischen Angelegenheiten auf die im Sinne einer Annäherung an das allgemeine Stimmrecht erfolgte Verfassungsrevision, obwohl ein Hinblick auf das Umkreisen der sozialrevolutionären Verhältnisse darüber anklaren könnte, wieweit sich Belgien bei fortschreitender Demagogisierung seiner politischen Einrichtungen zu verhalten haben wird. Uebrigens ist auch die von kirchlicher Seite in militärischen Zeit- und Streitfragen behandelte Zeit eine herzlich schlechte. Es klingt ja nur gemein plausibel, so sagen: „Unsere Unabhängigkeit ist durch die Verträge bedroht, also darf mit allen Aufwendungen für das Heer!“ Der große Haufe, dessen politische Einsicht gleich Null ist, flüchtet davor, sich für einen einfachen Rekruten natürlichen Menschenfalls, das hindert aber nicht, daß die belgische Wehrorganisation immer mehr in Mitleidenschaft geräth und der Zukunft des Landes kein einziger Ausbruch internationaler Verwicklungen schweren Abbruch zu thun droht. Unter diesen Umständen findet das neue, von General Briandot entworfene Heeresorganisationsprojekt, welches mit einem Kostenaufwande von 49 Millionen Franken eine Armee von 245.000 Mann auf die Beine bringen will, während das jetzige Heer von 130.000 Mann nur ein um zwei Millionen geringeres Jahresbudget hat, sehr getheilte Meinungen vor. Den Einen geht Briandot zu weit, den Anderen nicht weit genug. Die Aufhebung der Stellvertretung hat Gegner in der Armee wie in der Zivilbevölkerung. Die Armee befürchtet, allzuviel auf das Niveau eines bloßen Militärs herabgedrückt zu werden, das zweite

Bevölkerungselement ist mit dem Stellvertretungssystem aus dem Grunde ganz zufrieden, weil es dem Wohlhabenden ermöglicht, militärische Ausbildung sich vom Heeresdienste zu bereuen, dem munter wohlhabenden jungen Manne aber, durch Eintritt für einen andern sich eine recht ansehnliche Geldsumme zu verdienen. Auch ist zu berücksichtigen, daß der militärische Geist in der belgischen Bevölkerung nur ungemein schwach entwickelt ist. Ein langer Friedenszustand hat auf den Volksschicksal erschöpfend, verweichlichend eingewirkt; die Schrecken des Krieges sind den Belgiern aus eigener Anschauung so gut wie unbekannt, daher der Leichtsin, mit dem die öffentliche Meinung des Landes über alle das Heer berührenden Fragen hinwegtänzt, ohne sich die Mühe eines gründlichen und gewissenhaften Studiums der Sache zu machen.

Im Verlaufe des Monats Oktober werden die kommissarischen Verhandlungen zwischen dem Finanzministerium und den anderen Ressorts zum Abschluß gelangen. Da die vorhandenen Deckungsmittel zur Vertretung der angemeldeten Mehrausgaben weitaus nicht zureichen, wird eine Beschränkung auf das unbedingt Nothwendige eintreten müssen. Eine solche Einschränkung in Bezug auf nicht unbedingt notwendige Ausgaben ist geboten, damit die Mittel zur Förderung wichtiger Kulturaufgaben des Staates nicht fehlen. Die kommissarischen Verhandlungen haben ihrer ganzen Natur nach einen mehr vorbereitenden Charakter. Eine Reihe wichtiger Verhandlungen bleiben dabei immer der Vertikung zwischen den beteiligten Ministern bzw. der Beschlußfassung des Staatsministeriums vorbehalten, aber die kommissarischen Verhandlungen gewähren wenigstens die sichere Unterlage für die Beurteilung, in welchem Umfange die Finanzlage die Bewilligung der strikt gebildeten Forderungen gestattet. Erörterungsgemäß pflegt demzufolge sehr bald nach dem Abschluß jener Verhandlungen auch die endgültige Beschlußfassung über die noch offen gelassenen Fragen zu erfolgen, so daß zweifellos die Beschlußfassung der Reichstags-Sitzung für die Verlegung unmittelbar bei der Eröffnung des Landtages erfolgt sein wird.

Die vom Reichs-Verkehrsamt auf das Jahr 1891 für die landwirtschaftlichen Betriebe veranfaßte Unfallstatistik giebt auch nähere Auskunft über die Schwere und die Folgen der Verletzungen, welche zu Entschädigungen geführt haben. Es hat sich dabei herausgestellt, daß von den Verletzten 11,23 Prozent in Folge des Unfalls starben, 3,44 Prozent dauernd völlig erwerbsunfähig wurden, 47,73 Prozent dauernd theilweise an 36,60 Prozent bis zu 6 Monaten erwerbsunfähig wurden. Bei der gewerblichen Unfallstatistik des Jahres 1887 ergab sich, daß von den Verletzten 18,51 Prozent in Folge des Unfalls starben, 17,70 Prozent dauernd völlig, 50,88 Prozent dauernd theilweise und 12,91 Prozent vorübergehend erwerbsunfähig wurden. Daraus ließe sich die Folgerung ziehen, daß bei der Landwirtschaft die Schwere der Verletzungen geringer und die Beeinträchtigung der Erwerbsunfähigkeit auch weniger stark ist. Um einen Vergleich der Gefährlichkeit der landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe zu ermöglichen, ist es notwendig, die Zahl und Schwere der Verletzungen mit der Anzahl der versicherten Personen in Beziehung zu bringen. Bei der Landwirtschaft entfielen auf 1000 versicherte Personen durchschnittlich 0,18 tödlich Verletzte, während bei der gewerblichen auf 1000 versicherte Personen 1,59 kommen. Bei der gewerblichen Unfallstatistik für 1887 wurden diese Verhältniszahlen zu 0,77 und 4,14 ermittelt. Auch die Belastung, welche durchschnittlich ein Unfall mit tödlichem Verlauf zur Folge hat, ist beim Gewerbe größer als bei der Landwirtschaft. Bei der landwirtschaftlichen Unfallstatistik von 1881 hat sich ergeben, daß auf 10.000 versicherte Personen 3,14 Hinterbliebene von Getödteten entfielen, wovon 1,09 Witwen, 2,01 Kinder und 0,04 Mendanten waren. Beim Gewerbe hatte sich für 1887 dieselbe Verhältniszahl auf 16,36 herausgestellt und zwar waren darunter 4,90 Witwen, 10,95 Kinder und 0,51 Mendanten.

Verschiedentlich wird der Versuch gemacht, die Anschauung hervorzuheben, als hätte der Reichstag in der vorliegenden Tagung kein Etat für 1893/94 keine derjenigen Forderungen der Marineverwaltung bewilligt, welche sich auf die Fortführung des in der Denkschrift zum Etat für 1889/90 angelegten Bauplanes bezogen. Demgegenüber soll doch darauf hingewiesen werden, daß die Marineverwaltung insgesamt an Bauforderungen der genannten Art 14 in den Etatsentwurf eingebracht hatte. Davon wurden drei gestrichen und zwar die ersten Raten für den Bau zweier Panzerfahrzeuge und einer Kreuzerflottille. Die übrigen 11 wurden bewilligt, 9 davon waren weitere bezw. Schlussraten, 2 stellten erste Raten dar und zwar bezogen sich die letzteren auf einen Kreuzer und einen Aviso. Es ist demnach wie in jedem ab 1889/90 folgenden Jahre, so auch im Etat für 1893/94 der Flottenbauplan fortgeführt worden. Die Durchführung des letzteren hat also bisher eine Störung nicht erfahren.

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Auf die Zuschrift, welche wir vor einigen Tagen aus dem Wahlkreis Waldenburg-Reichenbach veröffentlichten, antwortet die „Schles. Ztg.“, der dort behauptete, „Einbruch der Konservativen in den Wahlkreis solle darin bestehen, daß an Stelle des eine Wiederwahl ablehnenden Generaldirektors Dr. Ritter Landwehr von Viers kandidirt, der ebenso wie jener in den weitesten Kreisen der Bevölkerung einer außerordentlichen Vertheilung und Beliebtheit sich erfreue. Es dürfte kaum im Interesse der Nationalliberalen des Wahlkreises liegen, der Aufforderung des Berliner Blattes zu folgen und lediglich der Kandidatur Viers wegen von dem Kartell sich zu trennen.“ Diese Notiz enthält starke Unrichtigkeiten. An Stelle des ablehnenden bisherigen freikonservativen Abg. Dr. Ritter ist nicht Herr Landwehr v. Viers, sondern vielmehr der ebenfalls freikonservative Herr Wilmricher-Kranz zu Waldenburg einstimmig aufgestellt worden. Der bisherige freikonservative Abgeordnete Herr Subdirektor Rückhoff-Berlin kandidirt ebenfalls wieder. Folglich kommt für das dritte, bisher durch Herrn Geheimrath Simon-Berlin nationalliberal vertretene Mandat die landesthümliche Kandidatur lediglich in Betracht. Bisher war der Wahlkreis Waldenburg-Reichenbach durch zwei freikonservative und einen nationalliberalen Abgeordneten vertreten. Bei der Annahme der Kandidatur von Viers würde er durch zwei freikonservative und einen konservativen

Abgeordneten vertreten sein. Wie die „Schles. Ztg.“ behaupten kann, es liege nicht im Interesse der Nationalliberalen des Wahlkreises, der Kandidatur von Viers entgegenzuwirken, ist nicht verständlich. Auch die „Schles. Ztg.“ wird es begrifflich finden, daß es sich mit der Ehre einer Partei wenig verhält, ein seit Jahren ungehobenes Mandat widerstandslos aufzugeben.

Ihre Majestät der Kaiser und die Kaiserin erfreuen sich bei dem herrlichen Herbstwetter im Jagdschloß Hohenhausen des allerbesten Wohlseins. Der Kaiser fährt jeden Morgen und jeden Nachmittag auf die Pirsch und hat bis heute Mittag bereits 13 jagdbare Hirsche, darunter mehrere kapitale Schotzschne- und Biegehühner erlegt. Die Kaiserin pflegt den Kaiser auf die Pirschfahrten, selbst am frühen Morgen, zu begleiten. In der Zeit zwischen der Morgen- und Abendpirsch nimmt der Kaiser die regelmäßigen Vorträge entgegen und Abends arbeitet er einige Stunden für sich allein. Voraussichtlich werden die Allerschönen Verhältnisse, so lange die günstige Witterung andauert, noch einige Tage in Hohenhausen verweilen.

Nach den „Hamb. Nachr.“ geht es mit dem Besuche des Fürsten Bismarck, wie es in der Natur der Sache liegt, nur langsam besser; aber täglich ist ein kleiner Schritt vorwärts zu verzeichnen. Gestern, Dienstag, hat der Fürst ebenso wie an den vorhergehenden Tagen eine Ausfahrt gemacht. Im Uebrigen ist heute das erste Bedürfnis des Fürsten, und deshalb ist im Interesse seiner baldigen vollen Wiederherstellung zu wünschen, daß die dankenswerthe Zurückhaltung, die bisher von Seiten der Freunde des Fürstlichen Hauses bezüglich der Abstattung von Besuchen und verglichen geist worden ist, auch für die nächste Zeit noch beibehalten werde.

Der Vorstand des national-liberalen Wahlvereins für den Wahlkreis Ostrow-Storow-Charlottenburg hat in gemeinsamer Beratung mit den Vereinstreuerinnen aus dem Wahlkreise beschlossen, selbstständig in die Wahlbewegung einzutreten. Als Kandidat wurde zunächst Herr Stadtrat Warggraf aufgestellt. Ueber die zweite Kandidatur bleibt vorläufig die Entscheidung den Wahlmännern vorbehalten. Die von dem Wahlverein für gestern geplante große Versammlung hat nicht abgehalten werden können, weil aus Versehen dieselbe nicht rechtzeitig rechtzeitig angemeldet war. In der Versammlung sollte der Abg. Dr. Hammacher den einleitenden Vortrag halten.

Nicht für die Landtags-Wahlen, wie die „Freiwillige Zeitung“ behauptet hatte, sondern für die Stadtverordnetenwahlen haben sich die Sozialdemokraten Abschriften von den Berliner Wahlzetteln bestellt. So konstatirt der „Vorwärts“ und fügt hinzu: „Herr Eugen Richter kam also ruhig schlafen, unsere Partei wird sich an dem „kleinsten Wahlsystem“ wirklich nicht betheiligen.“

Hirschberg, 12. Oktober. Die Konservativen und die Nationalliberalen des Hirschberg-Schönauer Wahlkreises treten vereint in den Wahlkampf. Ihre Kandidaten sind Amtsrath Herr Völsch-Schmidt in Straupitz (kons.) und Stadtrath V. Hirschberg (natlib.).

Eisenach, 12. Oktober. Der deutsche Gewerbetagungs-Verband hat heute hier selbst zusammengetreten. Auf demselben fand 16 Gewerbetagungen, der Gewerbevereins-Verband und der Zentralausschuss der Innungsverbände durch 52 Delegirte vertreten. Nach der Begrüßung durch die offiziellen Vertreter der sächsisch-weimariischen Regierung, der Stadt Eisenach, des Reichsanstalts des Innern und des preussischen Handelsministeriums wurde mit den Verhandlungen begonnen.

München, 12. Oktober. In der Kammer der Abgeordneten wurde heute die Beratung über die Anträge auf Reform des Wahlsystems fortgesetzt. Nachdem die Abgeordneten Hagener, Wagner, Dreier, Schödel und Gießenberger gesprochen hatten, erklärte der Minister des Innern Freiherr von Helldorf, daß die Regierung einen Wahlgesetzentwurf nicht einbringen, aber bereit sein werde, wenn ein solcher von dem Abgeordnetenhaus eingebracht werde, dazu Stellung zu nehmen. Betreffs der Verfassungsfrage sei er (der Minister) der Meinung, daß in der Verfassung ein Satz oder eine Bestimmung, welche eine Verfassungsänderung ausschließen würde, in Präzision nicht enthalten sei und daß bei dieser Lage beide Theorien aufgestellt und begründet werden könnten. Für die Staatsregierung sei zur Zeit kein eigentlicher Anlaß gegeben, in diese Frage einzutreten. Es werde aber ein solcher Anlaß eintreten müssen, sobald sich der Fall ergebe, daß das Verfassungs-Gesetz geändert werden solle. Sollte übrigens während der Regenshaft ein Gesetz, welches eine Verfassungsänderung enthalte, von den drei gesetzgebenden Faktoren erlassen werden, so könne kein Zweifel darüber bestehen, daß es im ganzen Lande Gültigkeit besitze.

Belgien.

Brüssel, 12. Oktober. Der Tod des interimistischen Kommandanten der Station Stanley-Park, Kapitän Piesbourn, der an Dysenterie erkrankt war, wird vom Kongo gemeldet.

Frankreich.

Paris, 12. Oktober. Nach Meldungen aus Buenos-Ayres stellt das vom Finanzminister Terry dem Kongress vorgelegte Exposé fest, daß die Produktionsfähigkeit Argentiniens zunehme und verpflichtet, den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen.

Wieviele argentinische Kreuzer sind nach Rio de Janeiro in See gegangen.

Nach einer Meldung der „Politique Coloniale“ aus Kolum soll General Dobbs Vorbereitungen für eine größere Expedition nördlich von Abomey treffen. Behauptung unterhalte die Agitation im ganzen Lande bis Whydah und man befürchte, daß dessen Anhänger nach dem Abmarsch der Truppen Whydah in Brand stecken würden.

Nach einer Meldung der Blätter aus Madrid scheint die spanische Regierung wegen der am Schlusse des Jahres in den Handelsbeziehungen zu Deutschland eintretenden Verringerung bereit zu sein, auch mit Frankreich betreffs einer Mobilisation der Handelsbeziehungen in Unterhandlung zu treten.

Paris, 12. Oktober. Für die bevorstehenden Ereignisse in Toulon sind ein Ingenieur und ein erster Telegraphist mit der Leitung des Telegraphenbienstes beauftragt worden. Eine Verstärkung von 25 Hilfsarbeitern ist bereits auf dem Telegraphenamt eingetroffen. Acht Drähte werden Toulon mit Paris.

Großbritannien und Irland.

London, 12. Oktober. Wie das amtliche Blatt meldet, ist Lord Elgin zum Vizekönig von Indien ernannt worden.

London, 12. Oktober. Wie die „Times“ aus Buenos-Ayres vom gestern melden, beabsichtigte der Finanzminister die „Times“ von Argentinien, daß die Gesekentrolle, welche er dem Kongress am 11. d. M. unterbreiten werde, die Einföhrung der Verpflichtungen bezwecke, welche Komoro gegenüber den auswärtigen Gläubigern eingegangen sei. Es sei nicht beabsichtigt, eine neue Schuld aufzunehmen, noch auch eine neue Emission zu veranstalten. Eine weitere Ausgabe von Papiergeld werde verboten und es werde im ordentlichen Ausgabebudget die jährliche Verbrennung von mindestens 6 Millionen Papiergeld, welche Summe bis zu 12 Millionen erhöht werden dürfte, vorgezogen. Ferner sollten 150 Mill. 41/2 Prozentiger, im Besitze der Regierung befindliche Obligationen vernichtet werden. Der Minister glaubt, daß der Kongress diese Gesekentwürfe ohne Amendements annehmen werde.

Ausland.

Petersburg, 8. Oktober. Man sollte kaum glauben, daß eine so schöne Kulturanlage wie die Trodenlegung der Schlump im Polesje, die in Russland zahlreiche Gegner hat, die gegen das Unternehmen, das nun schon seit 1877 mit anerkennenswerther Energie durchgeführt wird, nicht nur die Ansicht ins Feld führen, die Trodenlegung der Schlump schade dem Aderbau der angrenzenden Regionen — diese Ansicht widerlegen die Akademiker Middenbors und Wesselowski — sondern sogar strategische Bedenken haben. Es gehört dazu viel Mangel an Kultur, um die Einsprüche gegen ein solches Unternehmen durch den Hinweis zu motiviren, die Schlump biete für den in Russland eindringenden Feind ein unüberwindliches Hinderniß. Vom November bis zum März sind außerdem die Schlump ganz auf zu passieren, was Napoleon I. auf der Flucht aus Moskau bewies. Durch fünfzigjährige Arbeit sind bis zu diesem Jahre 240.000 Dessjatinen Kautland im Werthe von 60.000.000 Rubel gewonnen worden, die vor der Trodenlegung höchstens einen Werth von 10 Millionen hatten.

Die Trodenlegung erforderte die Anlage von Kanälen in einer Ausdehnung von 3350 Werst, die gleichzeitig zum Fließen der Weichthierme der bisher gar nicht ausgebeuteten Wälder dienen. Außerdem werden die künstlich geschaffenen Weisen in gar nicht ferner Zeit ein Quantum an Heu liefern, das für die Kavallerie an der Weichthierme hinreicht.

Afrika.

Nachdem Lieutenant Dhanis an der Spitze einer bedeutenden kongoischen Truppenmacht, die durch 300 Krieger des ihm verbündeten eingeborenen nördlichen Stammes Gongo Kute, verstärkt worden war, die Wälder am oberen Komani und am Aualaba geschlagen hatte, war er nach Nyangwe, der Hauptstadt Manuwas, marschirt. Am 15. Februar zog er nach mehrwöchentlicher Belagerung in Nyangwe als Sieger ein. Die Wälder schloß nach dem nur wenige Tagemärsche entfernten Kongo, ihrem befestigten, aber letzten Stützpunkte in diesem Gebiete, eroberten aus Mache die aus Nyangwe als Gesandene mitgeschleppten Vertreter des Kongoreiches, die Vizekonsuln Vissens und De Wyn, und richteten sich zum Widerstande gegen die ankommende Dhanische Armee ein. Wie der Generalgouverneur des Kongoreiches mittels Drahtes aus Boma meldet, hat Dhanis am 22. April Kasengo erobert und, da die Gesamtheit eine vortheilhafte ist, seinen Marsch nach Osten, das heißt nach dem Tanganikasee fortgesetzt. Mit der Einnahme Kasengos war das letzte Hinderniß, welches die Straße nach dem Tanganikasee versperrte, beseitigt. Lieutenant Dhanis hatte die Weisung, sich am Tanganikasee mit den Antislavereie-Expeditionen zu vereinigen, und es ist zweifellos, daß Dhanis längt den See erreicht hat. Damit ist auch eine regelmäßige Verbindung zwischen der Westküste und dem an den Grenzen des Kongoreiches liegenden Tanganikasee gesichert. Der vom Kongo abgegangene Dampfer „Majaja“, welcher am 18. d. M. in Antwerpen eintrafen soll, wird eingehendere Berichte überbringen. Die „Antwerp. belg.“ hebt insbesondere hervor, daß Lieutenant Dhanis mit seiner ansehnlichen Truppenmacht auf alle Fälle früher den Tanganikasee erreicht hat, als die von der belgischen Antislavereiegesellschaft abgesandte Hilfsexpedition, welche Kapitän Descamps durch das Nyassaland nach dem Tanganikasee führt. Diese letztere Expedition verliert damit ihre ganze Bedeutung; sie sollte den Kapitän Jacques und seine Begleiter retten, kommt aber zu spät.

In der Dhanischen sind große Ueberschwemmungen den Franzosen in ihren Operationen hinderlich. General Dobbs wartet das Sinken der Wälder ab, um sich mit seiner Heeresmacht nach Norden zu wenden. Er hat ein Schreiben von Whydah erhalten, in dem dieser Unterabteilung vorläufig. General Dobbs erwidernde darauf, daß Frankreich dem König ehrenvolle Bedingungen machen werde, wenn er sich unterwerfen wolle. Die Ueberschwemmungen haben übrigens Behauptung Zeit und Gelegenheit gegeben, sich über die Stellung der französischen Truppen zu unterrichten und seine Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Man glaubt, daß es sehr schwierig sein werde, seiner habhaft zu werden.

Amerika.

Die Drohung der Bundesregierung, den Eintritt europäischer Immigranten in die Vereinigten Staaten über die kanadische Grenze gänzlich zu verbieten, falls die Regierung der Dominion eine Inspektion der Einwanderer bei ihrer Landung in kanadischen Häfen durch Bundesbeamte nicht gestatte — was eine schwere Schädigung der kanadischen Transport-Gesellschaften zur Folge gehabt hätte — hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Die kanadische Regierung hat nunmehr durch ihren Vertreter in Washington die Erklärung abgegeben lassen, daß sie einer Vereinbarung bezüglich der Regelung der Einwanderung aus Kanada in die Vereinigten Staaten zwischen dem Bundes-Schatzamt und den Eisenbahn- und Dampfer-Gesellschaften Kanadas Hinhinhalten nicht in den Weg legen werde, wenn sie auch förmliche Verpflichtungen eingezogen nicht geneigt sei. In Folge dessen ist zwischen den genannten Kontrahenten Theilen eine Vereinbarung bereits getroffen worden, welcher zu Folge alle mit kanadischen Schiffen

interessende, nach den Vereinigten Staaten bestimmte Einwanderer in den Häfen von Quebec, Halifax, Port Lewis, Vancouver, Victoria oder anderen, später zu bestimmenden Plätzen gelandet werden müssen, um daselbst von amerikanischen Einwanderungs-Inspektoren inspiziert zu werden. Jeder unbekannte Einwanderer erhält ein Zertifikat oder einen Paß, den er an der Grenze zu seiner Legitimation vorzuzeigen hat. Die Dampfergesellschaften haben den Inspektoren vor der Landung jedes Fahrzeuges eine Liste zu unterbreiten, in welcher die Namen, der Bestimmungsort, Heimath u. s. w. des Einwanderers enthalten sind. Personen, welche nicht im Besitze solcher, von den amerikanischen Inspektoren ausgehender Pässe sind, dürfen von den Bahn- und Dampferlinien nicht nach den Vereinigten Staaten befördert werden. Für jeden, von Kanada aus nach den Vereinigten Staaten beförderten Einwanderer haben die Transportgesellschaften eine Kopie von 50 Cents an die amerikanische Regierung zu bezahlen. Unter der Bezeichnung Einwanderer sind solche Personen zu verstehen, welche in den Vereinigten Staaten zu bleiben beabsichtigen und noch nicht Bürger dieses Landes sind.

Washington, 12. Oktober. Der Senat begann gestern seine permanente Sitzung, um die Abstimmung über das Gesetz, betreffs die Aufhebung der Sherman-Acte, herbeizuführen. In den Gaderoberzimmern sind Sophas aufgestellt und besondere Vorkehrungen zur Verabfolgung von Speisen an die Mitglieder des Senats getroffen. Diejenigen Senatoren, welche die Aufhebung der Sherman-Acte befürworten, sind genöthigt, ihre Anhänger in genügender Zahl zusammen zu halten, um die Versammlungsfähigkeit des Hauses zu ermöglichen, während von den Silber-Anhängern nur zwei im Senate verbleiben. — Um 3 Uhr Morgens dauerte die Sitzung noch fort.

Washington, 12. Oktober. Die Goldreserve nimmt noch weiter ab, dieselbe war gestern niedriger als jemals; der gegenwärtige Betrag beläuft sich auf 86.899.008 Dollars, d. i. eine Verminderung um 6 1/2 Millionen Dollars seit dem 1. Oktober.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin, 13. Oktober.** Wir wollen nicht unterlassen, besonders auf die heute Nachmittag von 1 Uhr ab für die Dauer von etwa 7 Stunden bestehende Einschaltung von Hydranten erfolgende umfangreiche Absperrung der Wasserleitung besonders hinzuweisen. Dieselbe erstreckt sich auf die Grüne Schanze, d. m. Rosengarten, die Breitenstraße, die zwischen der Breitenstraße und dem Hofgarten gelegenen Theile der Papen- und Großen Wollweberstraße, sowie des Parabelplatzes, die Schulstraße von der Breiten bis zur Heilgenstraße, die Königsstraße von der Spillt bis zur Mönchenbrückstraße, die Neue Königs-, Kloster- und Heilgenstraße, das Heilgengehöft, das Wollweber von der Spilltstraße bis zur Grünen Schanze, die nördliche Seite des Viktoriaplazes, die östliche Seite der Lindenstraße vom Viktoriaplatz bis zur Grünen Schanze, die Karlsrufer vom Viktoriaplatz bis zur Grünen Schanze und die Wagnersstraße.

* Der Führer eines am Grabower Friedhof liegenden, mit Manerfien beladenen Kahrnes erkrankte gestern Nachmittag unter Choleraverdächtigungen Erscheinungen, weshalb er in hiesigen städtischen Krankenhaus Aufnahme fand. Der Kahrn wurde desinfiziert und nach der an der Parungsmündung errichteten Quarantänestation überführt.

— Der Erheber eines zur Substation gekommenen Pachgrundstückes ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, V. Zivilsenats, vom 10. Mai 1893 im Gebiete des hiesigen Allgemeinen Landrechts nicht zur Rückgewährung der vom Pächter an den Substationen gegebenen Pachtsumme verpflichtet, wenn sie nicht auf ihn in Anrechnung auf das Kaufgeld übergegangen war; auch braucht sich der Erheber nicht ohne weiteres gefallen zu lassen, daß Pächter ihm gegenüber mit dem Anspruch auf Rückgewährung der Kaution gegen die Pachtsummforderung des Erhebers kompensire.

— Gegen das Hausiren in den Kasernen und in Gastwirtschaften in der Nähe von Kasernen mit allerlei unnützen und schlechten Waaren wird jetzt von militärischer Seite eingeschritten. Es soll dem Handel, der die jungen und unraffierten Soldaten nur zu oft zu unnützen Geldausgaben verleitet, nach Möglichkeit gesteuert werden. Die Ueberwachung des Eintritts von Zivilisten in die Kasernen soll dahin verstärkt werden, daß nur solchen Personen der Zutritt gestattet wird, die nachweislich mit einer bestimmten Persönlichkeit in der Kaserne zu thun haben, sofern sie nicht für einzelne Bewachungen (Kasino, Kantine u. s. w.) zu leisten haben. Auch sollen Patente u. dgl. nicht für eine einzelne zu beziehende Person in der Kaserne eintreten, auf den Wachposten zurückgehalten werden, bis ihr Träger die Kaserne wieder verläßt. Die Gastwirtschaft in der Nachbarschaft der Kasernen aber sollen angewiesen werden, fortan keine Hausiren in ihren Lokalen zu dulden.

Stadtvorordneten-Sitzung

vom 12. Oktober.

Zunächst wurde für Vorbeugungen gegen die Cholerafahrt dem Magistrat ein Kredit von 10.000 Mark bewilligt.

Eine ganze Reihe von Vorlagen standen in Verbindung mit der Feuerweh. Zuerst wird die Anschaffung einer zweiten Dampfpumpe verlangt, damit stets eine größere Anzahl jeder mit einer Dampfpumpe in Angriff genommen werden kann, damit endlich bei einem größeren Feuer beide Dampfpumpen in Thätigkeit gebracht werden können. Die Kosten würden eine einmalige Ausgabe von 14.685,50 Mark und eine dauernde Ausgabe von 1600 Mark jährlich machen. Spannung ist dabei nicht gegeben, da, im Falle die zweite Dampfpumpe bei einem Feuer einrücken sollte, diese mit Gehäusen von der Brandstätte geholt werden könnte. Die Veranlassung bewilligt ohne Debatte die geforderte Summe.

Ferner soll noch eine zweite Gas- (Kohlenäure-) Spritze für die Feuerweh II auf dem Radhose beschafft werden und zwar durch Umbau eines Wasserwagens zu einer solchen, welche Arbeiten in den Werkstätten der

Banf-Papiere.	
Dividende von 1892.	Dividende von 1892.
Antf. Sprit	Disc.-Cont. 6% 172,305
Prod. 3% 66,005G	Dresd. B. 7% 137,600
L. 6 1/2 B 6% 131,759G	Nationalb. 6 1/2% 105,800
Abgel. 7 1/2% 103,106G	Boimar. Hyp.
Antf. Disc.	comp. 6% 113,005G
Banf 4 1/2% 99,256	Pr. Centr.
Antf. 3 1/2% 101,500G	Bob. 9 1/2% 158,005G
Antf. B. 9% 151,106	R. Reichsbant 8 1/2% 159,005G
h. Gen. 6% 114,900G	
Gold- und Papiergeld.	
Anten per St.	Engl. Banknot. 20,31G
Freis. Reichs	Frank. Banknot. 80,75G
Reichs-Schilde	Deut. Banknot. 160,65G
Dollars	Russif. Not u
	214,00G
Bank-Diskont.	
Reichsbant 5 Lombard 5 1/2	Wachf.
bez. 6	Cours v.
Privatdiskont 4 1/2 b	12. Octbr.
Amsterdam 8 T. 2 1/2%	169,00G
do. 2 M. 2 1/2%	167,90G
Belg. Plätze 8 T. 3 1/2%	80,60G
do. 2 M. 3 1/2%	80,25G
Lombard 3 Tage 2 1/2%	20,33G
do. 3 Monate 2 1/2%	20,24G
Paris 8 Tage 3%	80,70G
do. 2 Monate 3%	80,40G
Wien öfter. W. 8 T. 4 1/2%	160,45G
do. 2 M. 5 1/2%	159,60G
Schweiz. W. 10 T. 4%	80,65G
Italien. W. 10 T. 5 1/2%	71,25G
Petersburg 3 Wch. 6%	211,25G
do. 3 M. 6%	—

